



Medienpädagogik im Regierungsprogramm und BVMB Stellungnahme

Bundesverband Medienbildung

Das im Dezember veröffentlichte Regierungsprogramm betont Digitalisierung und die Bedeutung von Unterricht und Erziehung für die Gesellschaft. Dabei werden auch medienpädagogische Themen berücksichtigt. Wir dokumentieren die Position des Regierungsprogramms und die Stellungnahme des BVMB:

I. Regierungsprogramm

Unter der Überschrift "Digitalisierung der Bildung, der Wirtschaft und des Sicherheitsbereiches" im Abschnitt "Innovation und Digitalisierung" heißt es im Regierungsprogramm:

"Unser wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Erfolg wird daran hängen, dass unsere Bürger in ausreichendem Maß digitale Kompetenzen besitzen. Dafür ist eine Digitalisierungsoffensive im Bildungsbereich erforderlich: die Überarbeitung der Lehrpläne in Richtung Digital- und Medienkompetenzen ebenso wie die verpflichtende Weiterbildung für

Lehrerinnen und Lehrer sowie ein breites Angebot an digitalen Lehrberufen. In diesem Zusammenhang soll der Einsatz moderner Technologien im Unterricht massiv forciert werden." (S. 82)

Diese Position wird wie folgt erläutert:

- "Digitalisierungs-offensive Bildung in Form einer Aus- und Weiterbildungsstrategie
 - Etablierung grundlegender Digital- und Medienkompetenzen in allen österreichischen Schulen
 - Spielerischer, kindgerechter Einstieg im Bereich der Elementarpädagogik
 - Kindgerechtes Heranführen im Bereich Programmiersprachen ab der 1. Schulstufe (z. B. anhand der visuell-interaktiven Programmiersprache Scratch)
 - Stärkung der grundlegenden Digital- und Medienkompetenz von Pädagoginnen und Pädagogen durch verpflichtende Fort- und Weiterbildung
 - Breites Angebot an digitalen Lehrberufen
- EdTech mittels eines eigenen Clusters forcieren, um den Einsatz moderner Technologien im Bildungsbereich zu implementieren
- "Austrian Digital Academy": Aufbau einer Online-Plattform für Bildungsangebote für lebenslanges Lernen in Verknüpfung mit dem digitalen Bürgerkonto mit besonderem Fokus auf Data-Science und Data-Analytics in Kooperation mit der Wirtschaft und Bildungseinrichtungen
- Stärkung von digitalen Kompetenzen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durch Ausbau von geeigneten Förderprogrammen für Unternehmen; besonderes Augenmerk soll der Fortbildung direkt im Betrieb gelten" (S. 83)

Im Abschnitt "Familie und Jugend" ist unter der Überschrift "Nutzung von digitalen Medien" zu lesen:

"Die Digitalisierung schreitet in allen Lebensbereichen voran und bietet große Chancen für die Zukunft, die genutzt werden wollen. Zugleich birgt sie aber auch Herausforderungen bzw. Gefahren, für die man sich wappnen muss, vor allem wenn Kinder und Jugendliche betroffen sind. Junge Menschen müssen gestärkt werden in Hinblick auf ihre Teilhabe- und Handlungsmöglichkeiten in der digitalen Lebenswelt. Eine kritische Reflexion dieser gesellschaftlichen Entwicklungen ist ebenfalls angebracht. Jugendliche müssen dabei unterstützt werden, neue Medien nutzen zu können, Gefahren zu erkennen und aktive Mitgestaltung zu lernen.

- Schutzfilter für Handy und Computer leicht zugänglich machen und promoten

- Bestimmungen zum Schutz von Kindern vor Pornographie und Gewalt im Internet erarbeiten (z. B. Opt-in-Regelung)
- Schutzfilter für Hardware ("Was offline verboten ist, soll auch online verboten sein.")
- Entwicklung von Unterrichtsmaterial für Lehrer zu allgemeinen Internetgefahren
- Schüler-, Lehrer- und Elternschulung: Empowerment gegen Sexting, Mobbing, Pornographie etc.
- "Good Practice"-Beispiele gegen Pornographie, Gewalt etc. aus anderen Ländern nach Österreich holen
- Prüfung einer Digitalisierung der Schulbuchaktion" (S. 104)

II. Offener Brief des Bundesverbands Medienbildung

Der Bundesverband Medienbildung hat das Regierungsprogramm in einem offenen Brief an den Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung kommentiert:

"Sehr geehrter Herr Bundesminister,

der Bundesverband Medienbildung (BVMB) ist die medienpädagogische ExpertInnenplattform in Österreich. Wir begrüßen die Verankerung der Vermittlung von Digital- und Medienkompetenz im Regierungsprogramm 2017-2022 ¹ sowie die Digitalisierungsoffensive im Bildungsbereich und die Breitbandanbindung ALLER Bildungseinrichtungen (S. 65, 82 und 83). Für Medienbildung sind jedoch darüber hinausgehend die kritische Reflexion der gesellschaftlichen Entwicklungen und die Unterstützung der aktiven Mitgestaltung durch die BürgerInnen wichtige Ziele. Wir erwarten, dass die Regierung Medienkompetenz als die selbstbestimmte Gestaltung der Medienwelt durch Kinder, Jugendliche und Erwachsene im Sinne von Medienbildung in den Mittelpunkt rückt. Dazu heißt es im Regierungsprogramm: "Junge Menschen müssen gestärkt werden in Hinblick auf ihre Teilhabe- und Handlungsmöglichkeiten in der digitalen Lebenswelt. ... Jugendliche müssen dabei unterstützt werden, neue Medien nutzen zu können, Gefahren zu erkennen und aktive Mitgestaltung zu lernen." (S. 104).

Die Reduktion auf Schutzfilter und Verbote, wie diese ebenfalls auf S. 104 ausführlich angeführt werden, ist für Medienkompetenz allerdings nicht förderlich. Medienkompetenz ist mehr als technische Bedienkompetenz,

Wissen um Schutzmaßnahmen im Internet und ökonomische Nützlichkeit. Es geht um die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger bei der Reflexion und Gestaltung von Medien und um die kreative Einbettung von Medien in die eigene Lebenswelt, wie dies auch teilweise im Kapitel "Medien" erwähnt ist: "Zielsetzung ist es, ... den demokratischen Diskurs in der Gesellschaft zu stärken." (S. 84). Dabei reicht es nicht aus "...möglichst vielen Menschen möglichst qualitativ hochwertige Informationen zur Verfügung (zu) stellen" (S.85), sondern es ist erforderlich, durch schulische und außerschulische Bildungsmaßnahmen eine reflektierte Mediennutzung und eine aktive Teilnahme an künftigen gesellschaftlichen Entwicklungen und ethischen Diskursen zu ermöglichen.

Die reflektierte Mediennutzung soll transferierbares Wissen und Können in den Mittelpunkt rücken. Damit kann auch den Veränderungsdynamiken und der Geschwindigkeit von Transformationen in allen Lebensbereichen entsprochen werden. Zur Umsetzung gehören aus unserer Sicht folgende Maßnahmen:

- Verlautbarung des Lehrplans "Digitale Grundbildung"
- Stärkung medienpädagogischer Initiativen und Institutionen im schulischen und außerschulischen Bereich
- Finanzierung bedarfsorientierter Ausstattung bestehender Bildungseinrichtungen
- Bereitstellung von Mitteln zur Vernetzung der an der Medienbildungsvermittlung Beteiligten
- Orientierung der Maßnahmen an der Lebenswelt der Zielgruppen
- Förderung der politischen Handlungsfähigkeit von Kindern und Jugendlichen im Internet
- Förderung handlungsorientierter Medienarbeit
- Förderung der Bildungsarbeit im nicht-kommerziellen Rundfunksektor
- Förderung medienpädagogischer Forschung
- Förderung und Ausbau der medienpädagogischen Ausbildung von Lehrkräften und
- Einsatz dieser in Schulen
- Weitere Förderung regionaler Schulnetzwerke

Wir freuen uns auf Ihre Antwort und die weitere Diskussion der angesprochenen Themen."

Eine Antwort des Bundesministers ist bisher nicht erfolgt.

III. Quellen

Regierungsprogramm: <https://www.oevp.at/download/Regierungsprogramm.pdf>

Offener Brief des Bundesverbands Medienbildung: <https://bundesverband-medienbildung.at/StellungnahmeRegierungserklärung-3.pdf>

Ausgewählte Themenhefte der MEDIENIMPULSE zu den angesprochenen Themen:

- Zur Pornografie im Internet: "Internet und digitale Medien als sexualisierte Räume"
- Zur Vermittlung von Medienkompetenz und digitaler Kompetenz in der Schule: "Digitale Grundbildung", "Tätigkeitsfelder schulischer Medienpädagoginnen, Medienbildung im Kontext der "PädagogInnenbildung NEU"/Teil 2, "Medienbildung im Kontext der "PädagogInnenbildung NEU"
- Zum Verständnis von Medienkompetenz und digitaler Kompetenz: "Begründungen und Ziele der Medienbildung", "Von der IKT zur Medienbildung"
- Zur Mediendidaktik: "Medienpädagogik und E-Learning"